

Bundeswehrreform: Laumann wirbt in Brüssel um Gelder aus dem Strukturfonds

Gute Nachrichten für die Militärstandorte in Nordrhein-Westfalen: Europäische Strukturhilfen im Umfang von knapp zwei Milliarden Euro dürfen auch zur Konversion genutzt werden. CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann hatte sich in der vergangenen Woche in Brüssel mit dem für die Regionalpolitik zuständigen Kommissar der Europäischen Union, Johannes Hahn, getroffen und um EU-Mittel für die Städte und Regionen geworben, die im Rahmen der Bundeswehrreform von Reduktion oder Schließung ihrer Bundeswehrstandorte betroffen sind. Eingefädelt hatte das Treffen der münsterländische CDU-Europaabgeordneten Markus Pieper.



Karl-Josef Laumann (CDU)

Auch er war bei dem Treffen unter sechs Augen dabei. Laumann sprach von einem positiven und für das Land erfreulichen Ergebnis. „Jetzt liegt es an der Landesregierung, die Mittel durch ergänzende eigene Programme in Anspruch zu nehmen.“

In Nordrhein-Westfalen sind insbesondere Bundeswehrstandorte im Münsterland wie zum Beispiel in Rheine, in Ostwestfalen wie zum Beispiel in Augustdorf, aber auch im Rheinland in Köln und in Kerpen von der Bundeswehrreform betroffen. Landesweit führt die Bundeswehrreform zur Schließung von drei Standorten sowie zur Ausdünnung 29 weiterer. Laumann: „Ich stehe zu der

Reform, aber wenn eine Stadt 40 Jahre Militärstandort war, hat sie sich eben auch genau so und nicht anders entwickelt. Wenn die Bundeswehr dann geht, gibt es auch die Verpflichtung, dem Standort bei der Umstrukturierung zu helfen.“

Mit dem Geld aus Brüssel könnte beispielsweise die Umwandlung von militärischen Unterkünften zu Hochschulen oder eines Kasernengeländes zum Industriegebiet möglich werden. Die CDU-Landtagsfraktion hat jetzt einen Antrag zur Bundeswehrstrukturreform (Drs. 15/3406) in den Landtag eingebracht. ■



DIE LANDTAGSFRAKTION